



Große Kreisstadt Bretten - Gemeinderatsfraktion



Otto Mansdörfer (Vorsitz)
Ulrike Jäger
Harald Müller

Stellungnahme zum Haushalt 2013 der Großen Kreisstadt Bretten

Sitzung des Gemeinderats am 19.03.2013 / Otto Mansdörfer

Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

mit dem Haushalt 2013 können wir die Finanzierung der Großen Kreisstadt Bretten in einer sehr soliden Weise leisten – wenn auch der Hochglanz des Haushalts 2012 in diesem Jahr fehlt. Stabile Einnahmen auf allen Feldern versetzen uns in die Lage, die anstehenden Aufgaben finanziell so zu unterlegen, dass in der Verwaltung ordentlich gearbeitet werden kann und wir die Abschreibungen erwirtschaften.

Die großen Ausgabenblöcke im Ergebnishaushalt wie Kinderbetreuung (5,4 Mio €), Gebäudeunterhalt (10,3 Mio €), Personal (12,4 Mio €) und die Umlagen mit zusammen 20,7 Mio € bleiben in ihrem jeweiligen Volumen allerdings nicht stehen, sondern wachsen auch 2013 in der Regel an. Steuerbar ist davon lediglich der Gebäudeunterhalt. Damit wird deutlich, dass eine geordnete Finanzierung der Ausgaben im Grunde ständig steigende Einnahmen voraussetzt. Wir sind 2013 in der glücklichen Lage, uns darüber keine Sorgen machen zu müssen. Ich kann mich aber noch sehr gut daran erinnern, welch frustrierendes Geschäft es in diesem Hause schon war, im Ergebnishaushalt Einsparungen vornehmen zu sollen. Bei aller Freude über den soliden Haushalt 2013 sollte uns im Bewusstsein bleiben, dass schon stagnierende Einnahmen uns recht schnell wieder in Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Ergebnishaushalts bringen können.

Der Haushalt 2013 ist gekennzeichnet von den Eckpunkten Schuldenabbau, maximale Projektfülle bei der baulichen Instandhaltung und energetische Sanierung und einem maßvollen Investitionsvolumen im Finanzhaushalt. Beim technischen Unterhalt und den energetischen Maßnahmen dominieren die Schulen mit vielen kleinen Einzelposten, das gilt aber auch für die größeren Investitionen am Edith-Stein-Gymnasium, am Melanchthon-Gymnasium und bei den vorgesehenen Umkleidetrukten im Sportzentrum im Grüner. Außerdem finanzieren wir den Neubau des Feuerwehrhauses in Dürrenbüchig und den Umbau der Aussegunghalle in Büchig.

Eines wurde bei der Diskussion dieser Maßnahmenlisten deutlich: Diese Listen werden inzwischen klar durch die Umsetzungsfähigkeit der Verwaltung begrenzt, nicht vom Geld. Da wäre das eine oder andere noch drin. Es muss aber von den Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

| | | | | |
|-----------------|----------------------|-------------|---------------|------------------------|
| Otto Mansdörfer | Hohkreuzstr. 5 | Bretten | Tel. 95 80 36 | Ottohoh5@aol.com |
| Ulrike Jäger | Im Wiesengrund 14 | Bretten | Tel. 85087 | ulrikejaeger@web.de |
| Harald Müller | Tannenberger Str. 11 | Diedelsheim | Tel. 3844 | Mueller-Bretten@gmx.de |



tern im Rathaus auch durchgezogen werden können. Das bringt mich zu zwei Überlegungen, bei denen ich an meine Rede vom letzten Jahr anknüpfe:

Wir leben in einer wachsenden Stadt, und nichts ist uns allen lieber, als wenn das so bleibt. Die Rahmenbedingungen hierfür sind auch nicht schlecht. Wir kommen aber an der Tatsache nicht vorbei, dass sich dann auch die Schlagkraft der Verwaltung entsprechend anpassen muss. Um hier künftig die richtigen Strukturen zu finden, sollten wir uns externe Beratung einkaufen. Zum anderen passt es nicht wirklich zu einer wachsenden Stadt, dass der Personaletat praktisch stagniert, während die operativen Aufgabenbereiche deutlich wachsen. Das liegt im Widerspruch zueinander.

Die zweite Überlegung ist: Wäre unser Haushalt nicht erst Ende April, sondern bereits Mitte Januar rechtskräftig, könnte die Verwaltung auch mehr umsetzen. Die Beratungen müssten dann im Spätherbst des Vorjahres ablaufen. Andere Städte verfahren so.

Die von allen Fraktionen mitgetragene neue Stadtplanerstelle ist deshalb gut und richtig angelegtes Geld. Wir haben eine Fülle von Aufgaben im Bereich der Stadtentwicklung, die vom derzeitigen Personal nicht geleistet werden kann. Die privaten Bauträger haben den Markt für das urbane Wohnen in der Stadt inzwischen voll im Blick und entwickeln entsprechende Projekte. Wo wir qualifizierte Bebauungspläne haben, kommen dabei ansehnliche Lösungen heraus – siehe Bessergasse und Löwenhof. Wo wir keine haben, werden überzogene Bauvolumina vorgelegt, die oft kaum zu steuern sind – siehe Turbanstraße, siehe äußere Weißhofer Straße. Das Bauen im Bestand ist grundsätzlich positiv. Insofern sagen wir der Verwaltung: Geben Sie der verbindlichen Bauleitplanung im Bestand mit der neuen Kraft einen deutlichen Impuls. Das gilt analog für die Stadtteile. Das sage ich hier ausdrücklich.

Damit bin ich auch ganz nah am Hauptthema, das derzeit über der Innenstadt schwebt: Wie kriegen wir wieder Leben in das Schneidergebäude, nachdem klar ist, dass das letzte Auftreten von Herrn Bertram hier im Gemeinderat tatsächlich die Grabrede für das Ten Brinke-Projekt war? Wir GRÜNE begrüßen ausdrücklich die große Einmütigkeit hier im Gemeinderat beim jetzigen Aufbruch zu neuen Ufern. Den abgestuften Vorschlag der Verwaltung, der eine gewisse konzeptionelle Bandbreite enthält, halten wir für richtig. Das muss Zug um Zug ausgetestet werden. Auf dem jetzigen Sporgassenparkplatz sehen wir dann mit zweiter Priorität weiteren Einzelhandel, kombiniert mit urbanem Wohnen. In dem Maße, wie dadurch Stellplätze entfallen, müssen sie durch ein städtebaulich ordentlich gestaltetes Parkhaus, in das Licht, Luft und Sonne hineinkommt, ersetzt werden. Ganz entscheidend ist aber, bei allem was auf dem Sporgassenparkplatz entsteht, dass auch er ein Hingucker wird, denn wir wollen aus unserer jetzigen zentralen Blechwüste einen Platz in der Innenstadt machen, mit dem wir erfolgreich Kunden und Gäste werben.

Die Wiederbelebung der Innenstadt erfordert allerdings noch weitaus mehr Anstrengungen, als sich nur auf den Brennpunkt Schneidergebäude zu konzentrieren. Wir brauchen eine wirkliche Offensive für den öffentlichen Raum. Derzeit fehlt es dem Einzelhandelsangebot in der Innenstadt an der nötigen Strahlkraft, um hohe Besucherfrequenzen auszulösen. Wir müssen deshalb als Stadt möglichst viele weitere Anlässe schaffen, die Innenstadt zu besuchen und sich dort aufzuhalten. Wir GRÜNE wollen deshalb, dass beim Umbau der Weißhofer Straße das Element Wasser als Bächlein und Kinderplanschbereich eine belebende Attraktion vor dem Schneidergebäude wird. Das Vorbild kann Öhringen sein. Die technischen Voraussetzungen hierfür sind mit dem Quellwasserangebot im früheren Hoch-

behälter I an der Hebelschule gegeben. Stadtwerkeleiter Kleck sagt, er kriegt dieses Wasser in der Innenstadt überall hin, ohne zu pumpen. Weiter muss rasch die Asphaltfahrbahn auf dem Marktplatz verschwinden und Spital-, Markt- und Apothekergasse umgebaut werden. Das Haus Böckle darf als stadtbildprägendes Fachwerkhaus auf keinen Fall abgerissen werden. Das wäre ein Rückfall in die Methoden der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Wenn wir uns in diese aufgezeigte Richtung gemeinsam bewegen, gelingen sich gegenseitig verstärkende Effekte: Der Versorgungseinkauf in der Innenstadt wird zu einem Erlebnis-einkauf mit längerer Aufenthaltsdauer, Bretten lockt mehr Touristen an, die dem Einzelhandel enorm gut tun, und die Innenstadt gewinnt weitere Attraktivität als Wohnstandort – und zwar für Leute, die ihr Geld gerne zu Fuß ausgeben.

Aus der Aufwertung der Innenstadt ergeben sich allerdings auch Konsequenzen für die Wohnungspolitik generell. Durch die Neubautätigkeit und durch Sanierungen entfallen preisgünstige einfache Wohnungen. Wir GRÜNE wollen deshalb, dass im anstehenden Wohngebiet Brückle ein Anteil von 20 % sozial gebundener Wohnraum entsteht. Da die Stadt Eigentümer der Fläche ist, können wir das in die Investorenverträge hineinschreiben oder per städtebaulichem Vertrag festschreiben. Ein Investitionshemmnis entsteht dadurch nicht, da die Wohnungsbauförderung des Landes inzwischen deutlich verbessert wurde.

Ein ganz anderes Thema: Die Diskussion um eine Gemeinschaftsschule in Bretten beschäftigt sehr viele Bürgerinnen und Bürger. Die vorgetragenen Argumente sind stark vom jeweiligen Blickwinkel bestimmt. Deshalb schicke ich hier voraus: Wir haben die Gemeinschaftsschule aus Sicht des Mittelzentrums Bretten und seiner Rolle als Schulträger zu diskutieren. Wir haben keine pädagogischen oder weltanschaulichen Schlachten zu schlagen und schon gar nicht mit Argumenten zu hantieren, die erkennbar der Besitzstandswahrung einer einzelnen Schulart entspringen. Es geht einzig und allein darum: Wie muss sich die Stadt Bretten in ihrem schulischen Angebot aufstellen, um den Eltern auch künftig ein attraktives Angebot für ihre Kinder machen zu können.

Klar ist: Unsere beiden Werkrealschulen werden über kurz oder lang untergehen – so wie viele andere im Land auch – nicht wegen irgendwelcher finsterner politischer Machenschaften, sondern weil unter den Eltern eine Abstimmung mit den Füßen abläuft. Um Bretten herum werden weitere Gemeinschaftsschulen entstehen – zusätzlich zu Gondelsheim. Die Gründe, warum das so abläuft, sind für unsere Brettener Entscheidung irrelevant. Wir GRÜNE und sicher auch die anderen Fraktionen und die Verwaltung wollen auf gar keinen Fall einen künftigen Zustand dergestalt, dass morgens Brettener Schüler in den Bus steigen und in eine Nachbargemeinde zur Gemeinschaftsschule fahren, weil es in der Schulstadt Bretten ein solches Angebot nicht gibt.

Wir müssen also jetzt die Weichen für die Zukunft stellen. Wir GRÜNE sehen die Premium-Option für eine Gemeinschaftsschule in Bretten in einer Zusammenlegung von Max-Planck-Realschule und Schillerschule. Mit der gegebenen Mehrzügigkeit könnte das differenzierte pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule voll zum Tragen kommen. Leider hat der Schulleiter der Max-Planck-Realschule hierfür bislang nicht die notwendige Weitsicht. Als erfahrener Pädagoge sollte er sich die Frage vorlegen, an welche Schulart er künftig die ungeliebten, aus seiner Sicht „schwachen Schüler“ abgeben will. Schon dies müsste in seinem Kopf ein Umdenken auslösen. Jedenfalls können wir es als Stadt nicht zulassen, dass die Schulentwicklung des Mittelzentrums Bretten aus einer einzigen Schule

heraus fremdbestimmt wird. Alle weiteren angedachten Wege zur GMS sind aus unserer Sicht nur zweitbeste Lösungen.

Ein Wort zu G9: Die Lizenzen hierfür sind vergeben – ob es weitere gibt, ist offen. Wir GRÜNE sehen allerdings für einen G9-Zug an den beiden allgemeinbildenden Brettener Gymnasien keinen wirklichen Bedarf. Das berufliche Bildungszentrum bietet heute schon zwei G9-Wege zum Abitur. Mit einer Gemeinschaftsschule in der gerade skizzierten Form würde ein dritter Weg aufgebaut – denn eines ist sonnenklar: Die Schülerzahlen einer aus MPR und Schillerschule kombinierten Gemeinschaftsschule würden am Ende der zehnten Klasse allemal ausreichen, eine gymnasiale Oberstufe im Rahmen der GMS draufzusetzen. Dies könnte dann z.B. in Kooperation mit dem Edith-Stein-Gymnasium geschehen.

Noch ein Themenwechsel zum Schluss: Wir haben uns sehr gefreut, dass der Gemeinderat unserem Vorschlag gefolgt ist, die Straßenbeleuchtung künftig mit Ökostrom zu betreiben. Wir behandeln gleich anschließend den Teilflächennutzungsplan Windkraft. Für unseren Raum zeigen sich windhöfliche Standorte, die funktionieren werden. Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass wir nicht auf einen entsprechenden Investor warten sollten. Analog zur Bürgersolaranlage fordern wir die Stadtwerke Bretten auf, auf der Ebene unserer gemeinsamen Erneuerbaren Energien Gesellschaft zusammen mit Ettlingen und Bruchsal eine Bürgerwindkraftanlage aufzulegen und zu errichten. Angesichts der erbärmlichen Guthabenzinsen, die die Banken derzeit bieten, wird eine solche Anlagemöglichkeit schon bei einer mäßigen Verzinsung ziemlich interessant. Wir erwarten, dass das Anlagekapital zusammenkommt. Außerdem entsteht eine völlig neue Beziehung zwischen Bevölkerung und Windkraftanlage.

Bei allen Wünschen, die wir hier formuliert haben, verlieren wir aber nicht aus den Augen, dass der weitere Abbau von Schulden für uns nach wie vor hohe Priorität besitzt. Denn wir wissen, dass die Zeiten der großen Zuwächse auch mal zu Ende sein werden und wir wieder mit weniger Geld auskommen müssen – und mit der aufgezeigten mittelfristigen Finanzplanung werden wir dieser Aufgabe auch gerecht.

Wir danken der Verwaltung für die wie immer fundierte Vorbereitung des Haushalts 2013 und das stets offene und transparente Verfahren. Wir danken Herrn Oberbürgermeister Wolff und Herrn Bürgermeister Leonhardt für die fairen Beratungen und die spürbare Offenheit für viele Vorschläge. Mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, hatten wir angenehme Beratungen, die wir miteinander ernsthaft und wertschätzend geführt haben. Dafür auch Ihnen herzlichen Dank!

Wir GRÜNE werden dem Haushalt 2013 und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung zustimmen.

Vielen Dank!